

KT-Drucks. Nr. 116/2019

Landratsamt Böblingen, Postfach 1640, 71006 Böblingen

Der Landrat

Dezernent

Thomas Wagner
Telefon 07031-663 1589
Telefax 07031-663 1589
t.wagner@lrabb.de

Az:

13.03.2019

Berichts Antrag der FDP-Fraktion - Minimierung zu erwartender Verkehrsbeeinträchtigungen beim Ausbau der A 81

Anlage 1: Haushaltsanträge FDP 2019

I. Vorlage an den

Umwelt- und Verkehrsausschuss
zur Kenntnisnahme

25.03.2019

öffentlich

II. Bericht

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde die Verwaltung von der FDP-Fraktion aufgefordert sich bereits im Vorfeld des A 81-Ausbaus um weiträumige Umfahungskonzepte zu kümmern.

Diesem Auftrag kommen wir gerne nach. Die Kreisverwaltung wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ein bestmögliches Verkehrsmanagement während des Ausbaus der A 81 einsetzen.

Allerdings ist aufgrund der Lage der A 81 im gesamten Straßennetz und ihrer überregionalen Bedeutung und großen Verkehrsbelastung darauf hinzuweisen, dass zur Umfahrung des Bereiches Böblingen/Sindelfingen keine leistungsfähigen und/oder weiträumigen Umfahungsmöglichkeiten, wie

beispielsweise anderen Orts bestehende nähräumig parallel verlaufende Autobahnen, existieren.

Für die betroffenen Autobahnabschnitte bestehen bereits ausgeschilderte Bedarfsumleitungen, allerdings mit einer begrenzten Leistungsfähigkeit, welche sich aufgrund des Ausbaustandes der damit belegten Strecken auch nicht in größerem Umfang steigern lässt. Darüber hinaus bestehen keine grundsätzlich geeigneten Umfahrungsmöglichkeiten für sich in größerem Umfang einstellende Verkehrsverlagerungen.

Eine vergleichbare Möglichkeit zur dynamischen Verkehrslenkung, wie sie beispielsweise zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und dem Autobahnkreuz Walldorf besteht, wo der Verkehr je nach Lage über die A 8 und A 5 via Karlsruhe oder über die A 81 und A 6 via Heilbronn gelenkt werden kann, ist nicht möglich. Der schlichte Grund dafür ist, dass es auf der A 81 zwischen Stuttgart und dem Bodensee keine Autobahnen oder autobahnähnlichen Verbindungen gibt, wie bei den weiträumig parallel verlaufenden Autobahnen A 5 oder A 7.

Insofern ist zu befürchten, dass es während des Autobahnausbaus zu größeren Beeinträchtigungen kommt, wenn beispielsweise länger andauernde Verkehrsunfälle innerhalb der Baustrecke auftreten. In dem Fall sind Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz unvermeidbar und zum Teil erheblich sein. Die Verwaltung wird gleichwohl im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken, dass die zu erwartenden verkehrlichen Beeinträchtigungen minimiert werden.



Roland Bernhard